

Verwaltungsgericht des Kantons Zug

Rechenschaftsbericht 2009 / 2010



Kanton Zug

Verwaltungsgericht des Kantons Zug an den Kantonsrat

Sehr geehrte Frau Kantonsratspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Gestützt auf § 60 Abs. 2 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes erstatten wir Ihnen Bericht über unsere Tätigkeit in den Jahren 2009 und 2010.

Wir versichern Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Zug, 1. März 2011

Für das Verwaltungsgericht

Der Präsident:
Dr. iur. Peter Bellwald

Der Generalsekretär:
Dr. iur. Aldo Elsener

Personelles und Organisation

Der vorliegende 17. Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts betrifft die Jahre 2009 und 2010, somit das zweite Drittel der Amtsperiode 2007 bis 2012.

Das Gericht setzte seine Tätigkeit in gleicher Besetzung wie in den Jahren 2007 und 2008 fort, nämlich mit Dr. iur. Peter Bellwald, Baar, lic. iur. Oskar Müller, Baar, lic. iur. Jacqueline Iten-Staub, Zug, lic. iur. Felix Gysi, Zug, Rosemarie Rossi Andenmatten, Cham, lic. iur. Gisela Bedognetti-Roth, Baar, und lic. iur. Patrick Storchenegger, Baar.

Mitglieder

Als Ersatzrichter amtierten in den beiden Berichtsjahren Dr. med. Vinzenz Zortea, Cham, Silvia Rebmann, Zug, Agatha Rütschi-Blattmann, Steinhausen, lic. iur. Ivo Klingler, Walchwil, Gabriela Busslinger-Andermatt, Baar, und lic. iur. Judith Fischer, Cham.

**Ersatz-
mitglieder**

Doktor Peter Bellwald war Präsident des Verwaltungsgerichts und lic. iur. Felix Gysi hatte das zweite Hauptamt inne. Am 29. Januar 2009 bewilligte der Kantonsrat dem Verwaltungsgericht ab 2009 ein drittes Hauptamt. Gewählt wurde lic. iur. Gisela Bedognetti-Roth. Als Vizepräsident amtete während der ganzen Amtsperiode lic. iur. Oskar Müller, der der amtsälteste Richter ist.

**Präsidium
Hauptamt**

Für die vorliegende Berichtsperiode galt (ab dem 29. Januar 2009) die folgende Kammerzuteilung:

Kammern

1. Verwaltungsrechtliche Kammer:
Bellwald* (Vorsitz), Müller, Iten-Staub*, Gysi und Storchenegger*
(* = Dreier-Besetzung bei SVG-Massnahmen)
Einzelrichter Ausländerrecht: Bellwald, Gysi, Iten-Staub und Bedognetti-Roth
2. Abgaberechtliche Kammer:
Bellwald* (Vorsitz), Müller*, Rossi Andenmatten*, Storchenegger und Bedognetti-Roth
(* = ordentliche Dreier-Besetzung)
Einzelrichter Steuerrecht (Steuererlasse): Bellwald und Bedognetti-Roth

3. Sozialversicherungsrechtliche Kammer:
 Gysi (Vorsitz), Bedognetti-Roth (Vorsitz), Müller, Iten-Staub und Rossi Andenmatten
 Ordentliche Dreier-Besetzung in den Bereichen:
 IVG/UVG: Gysi/Bedognetti-Roth (Vorsitz), Müller und Rossi Andenmatten
 Übrige Bereiche: Gysi (Vorsitz), Iten-Staub und Rossi Andenmatten

4. Fürsorgerechtliche Kammer:
 Bedognetti-Roth* (Vorsitz), Iten-Staub*, Bellwald, Rossi Andenmatten und
 Storchenegger*
 (* = ordentliche Dreier-Besetzung)

Sitzungen

Das Verwaltungsgericht trat in den Berichtsjahren zu 150 Sitzungen zusammen. Die Sitzungen verteilen sich auf die Berichtsjahre und die Kammern wie folgt:

	2009	2010	Total
Gesamtgericht	7	5	12
1. Kammer	20	24	44
2. Kammer	10	12	22
3. Kammer	19	23	42
4. Kammer	18	12	30
Total	74	76	150

Das Gesamtgericht befasste sich mit den ihm von Gesetzes wegen obliegenden Fragen der Justizverwaltung und Justizgesetzgebung. Neben personellen Fragen wie Wahlen und Beförderungen des Kanzleipersonals hatte sich das Gericht mit den jeweiligen Budgets und Jahresrechnungen und verschiedenen Vernehmlassungen zu befassen.

Bei Verhinderung eines Richters werden in erster Linie die weiteren Richter der jeweiligen Kammer beigezogen. Im Weiteren stehen die Ersatzrichter zur Verfügung, welche 2009 zwölf Mal und 2010 fünf Mal an Sitzungen mitwirkten. Auf dem Zirkulationsweg wurden 2009 drei und 2010 vier Geschäfte erledigt.

Mit Kantonsratsbeschluss vom 30. März 2006 sind dem Verwaltungsgericht für die Amtsperiode 2007 bis 2012 sieben Personalstellen bewilligt worden. In den beiden Berichtsjahren waren alle sieben Stellen besetzt. Per 31. Dezember 2009 trat lic. iur. Helena Diethelm aus dem Dienst des Verwaltungsgerichts aus. Für ihre Arbeit im Dienst des Kantons Zug sei ihr an dieser Stelle der Dank des Gerichts ausgesprochen. Als Nachfolger wählte das Gericht per 1. Februar 2010 MLaw Simon Rothenfluh.

Kanzlei

Geschäfte

Übersicht über die Geschäfte

Über die Zahl der in den Jahren 2009 und 2010 eingegangenen sowie aus den Vorjahren übernommenen Fälle und über deren Erledigung geben die Tabellen 1 und 2 Aufschluss. Um den Mehrjahresüberblick zu erleichtern, werden nachstehend die Neueingänge und Erledigungen der Berichtsperiode und der Vorperioden seit der Jahrtausendwende dargestellt.

	Neueingänge	Erledigungen	Pendenzen Ende Jahr
2001	356	447	245
2002	435	495	185
2003	341	406	120
2004	410	393	137
2005	400	354	183
2006	381	359	205
2007	409	395	219
2008	492	442	269
2009	431	478	222
2010	452	501	173

Diese Zahlen zeigen, dass im Jahre 2003 ein Tiefststand von 120 Pendenzen erreicht wurde, nachdem 1997 noch ein Höchststand von 442 Pendenzen bestanden hatte. Grund dieses Tiefstands war in erster Linie die Tatsache, dass wegen der Einführung des generellen Einspracheverfahrens durch den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsgesetzes (ATSG) im Jahr 2003 vorübergehend weniger Beschwerden aus dem Bereich der Sozialversicherung eingingen. Gegenüber dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 410 Beschwerdeverfahren gab es 2009 total 431 neue Beschwerden und 2010 452, was einer Zunahme gegenüber dem zehnjährigen Durchschnitt von 5 bzw. 10 % entspricht. Erledigt wurden 478 bzw. 501 Beschwerden, was einer Stei-

gerung gegenüber dem Durchschnitt von 12 bzw. 17 % entspricht. Nicht unwesentlichen Anteil an der Steigerung der Zahl der Erledigungen hatte in den Berichtsjahren die Neuorganisation im Bereich der Sozialversicherung, welche durch die Schaffung eines dritten Hauptamtes möglich wurde (Bildung von Arbeitsgruppen mit je einem Richter und zwei Gerichtsschreibern). Als erfreulich ist die Tatsache zu werten, dass die Anzahl der pendenten Beschwerdeverfahren im Bereich der Sozialversicherung von 203 per Ende 2008 auf 114 per Ende 2010 gesenkt werden konnte. In den beiden Berichtsjahren ist es dem Gericht damit gelungen, die Anzahl der pendenten Verfahren per Ende 2010 von 269 auf 173 zu senken, was deutlich unter dem langjährigen Mittel liegt.

Die Tabelle 3 zeigt, auf welche Sachgebiete sich die in den Jahren 2009 und 2010 eingegangenen Fälle verteilen. Insgesamt gingen bei der verwaltungsrechtlichen Kammer deutlich mehr Beschwerden ein als in den Vorjahren. Im Jahr 2009 waren es 184 Beschwerden, und im Jahr 2010 waren es 201 neue Beschwerden (der Zehnjahresdurchschnitt liegt bei 164 Beschwerden). Bei der Zahl von 201 handelt es sich um einen Rekordwert, der bis anhin noch nie erreicht wurde. Zu beachten ist dabei, dass sich in den beiden Berichtsjahren vor allem die Zahl der Verfahren aus dem Bereich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (Ausschaffungshaft) gegenüber dem Durchschnitt deutlich erhöht hat. Die 73 bzw. 82 Verfahren werden zwar in Einzelrichterkompetenz durch eine Haftrichterin/einen Haftrichter erledigt, sind aber wegen ihrer zeitlichen Dringlichkeit (maximal 96 Stunden stehen nach der Verhaftung für die Verhandlung und die Urteilseröffnung zur Verfügung) aufwendig. Im Bereich Bau- und Planungsrecht bewegen sich die Neueingänge im langjährigen Durchschnitt (24 Verfahren). Im Jahre 2009 waren es aus diesem Sachbereich 19 und im Jahre 2010 26 Beschwerden. Während die Anzahl der Beschwerden aus dem Bereich des Submissionsrechts sehr deutlich abgenommen hat (4 bzw. 8 Beschwerden), hat die Anzahl der Beschwerden gegen Administrativmassnahmen im Strassenverkehr leicht zugenommen (zu erwähnen sind hier die neuen Beschwerden gegen den Verfall des Führerausweises auf Probe). Die Zahl der Rekurse und Beschwerden im Steuerrecht bewegte sich leicht über dem langjährigen Mittel von 27 Eingängen (32 und 28 Eingänge).

Geschäfte nach Sachgebieten

Im Bereich der Sozialversicherung haben die Neueingänge im Vergleich mit dem zehnjährigen Durchschnitt erneut zugenommen. Auffallend ist dabei vorerst der anhaltende Rückgang bei den Beschwerden aus dem Bereich AHV und Ergänzungsleistungen sowie der Krankenversicherung. Bei der Arbeitslosenversicherung und der Beruflichen Vorsorge bewegen sich die Eingänge im Bereich der langjährigen Mittelwerte. Nach wie vor sehr hoch sind die Eingangszahlen bei der Invaliden- und Unfallversicherung, wo in den beiden Berichtsjahren 88 bzw. 91 neue IV-Beschwerdeverfahren anhängig gemacht worden sind, sowie 35 bzw. 37 UVG-Beschwerden. Insgesamt machen diese Verfahren, die in der Regel eine zeitintensive Bearbeitung erfordern, fast zwei Drittel der Eingänge im Bereich der Sozialversicherung aus. Die Eingänge bei der Fürsorgerischen Freiheitsentziehung und bei den Zwangsmassnahmen im Gesundheitswesen (25 bzw. 22 Beschwerden) liegen in den beiden Berichtsjahren deutlich unter den langjährigen Mittelwerten von 32 Beschwerdeverfahren.

Vorinstanz

Bei den steuerrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Fällen ergibt sich die Vorinstanz aus dem Gegenstand des Verfahrens. Über die Vorinstanzen im Bereich des «allgemeinen Verwaltungsrechts» in der Zuständigkeit der 1. Kammer orientiert die nachstehende Tabelle. Der Haftrichter überprüft Haftanordnungen des Kantonalen Amtes für Migration oder direkt bei ihm eingereichte Gesuche um Haftentlassung.

Vorinstanz bei den erledigten Fällen		
der 1. Kammer	2009	2010
Regierungsrat (Sprungsbeschwerden)	43 (0)	43(3)
Kantonale Direktion oder Amtsstellen	60	61
Kantonales Amt für Migration	73	82
Gemeinderäte	4	6
Andere	5	9
Total	185	201

Per 1. Januar 2009 sind unter dem Titel «Rechtsweggarantie» verschiedene kantonale Gesetze, vor allem aber das Verwaltungsrechtspflegegesetz, an das Bundesgesetz über das Bundesgericht angepasst worden. Eine wichtige Bestimmung ist dabei, dass Verwaltungsentscheide unterer kantonalen Instanzen direkt beim Verwaltungsgericht angefochten werden können, wenn sie sich auf Bundesrecht stützen und die Gesetzgebung nicht ausnahmsweise den Weiterzug an den Regierungsrat oder an das Bundesverwaltungsgericht vorsieht. Diese Neuregelung führte dazu, dass die direkten Beschwerden gegen Entscheide unterer kantonalen Verwaltungsbehörden (z.B. Direktionen des Regierungsrates, Handelsregisteramt) in den beiden Berichtsjahren um ca. 40 % zugenommen haben. Dies führt in diesen Bereichen zu einer direkten Zunahme der Belastung des Verwaltungsgerichts, zumal in diesen Fällen dem Gericht die volle Überprüfungsbefugnis zukommt.

Die Tabelle 4 gibt für die Jahre 2009 und 2010 Auskunft über die Verfahrensdauer der erledigten Fälle. Daraus ergibt sich, dass ein Viertel der Verfahren nach einem Monat bereits erledigt waren. Nach drei Monaten sind es 40 bzw. 45 % der Verfahren, nach einem halben Jahr 55 bzw. 63 %. Nach einem Jahr sind 77 % der Verfahren erledigt.

Verfahrensdauer

Die per Ende der Berichtsperiode noch hängigen Fälle aus den Vorjahren sind in der Tabelle 2 ausgewiesen. Zu den zwei Fällen aus dem Jahr 2005, die aus dem Bereich der verwaltungsrechtlichen Kammer Ende 2009 noch hängig waren, gilt es festzuhalten, dass es sich um zwei Verfahren aus dem Bereich der Ortsplanung handelt, die im Einverständnis mit allen Verfahrensbeteiligten sistiert wurden und bei denen auf neue Planungsmassnahmen der Gemeinde gewartet wurde. Eines dieser beiden Verfahren konnte Ende 2010 durch Rückzug erledigt werden, das andere ist spruchreif und wird demnächst entschieden. Ein Verfahren aus dem Jahr 2006, das per Ende 2009 noch hängig war, betraf einen Grundbucheintrag, bei dem parallel ein zivilrechtliches Verfahren lief und der zivilrechtliche Entscheid des Bundesgerichts noch ausstehend war. Das Verfahren wurde 2010 erledigt. Bei weiteren zwei Fällen

wartete das Gericht auf die Ergebnisse von Verhandlungen zwischen den Parteien im Hinblick auf eine gütliche Erledigung der Streitsache. In einem weiteren Fall musste vorerst der Ausgang einer Beschwerde wegen Ausstands mehrerer Richter abgewartet werden. Alle drei Verfahren sind zwischenzeitlich erledigt. Zwei der drei Verfahren, die Ende 2010 aus dem Jahr 2009 noch hängig waren, sind sistiert. Bei einem Verfahren muss der Ausgang eines Parallelverfahrens vor dem Bundesgericht abgewartet werden.

Im Bereich der sozialversicherungsrechtlichen Kammer war per Ende 2009 noch ein Verfahren aus dem Jahr 2007 hängig, welches sistiert war. Es ging in diesem Verfahren um BVG-Beiträge im Zusammenhang mit einem rückwirkenden Anschluss an eine BVG-Einrichtung. Ende Januar 2011 wurde ein für das Verfahren wegweisendes Zivilurteil rechtskräftig, so dass die Sistierung nun aufgehoben werden konnte. Ein Verfahren aus dem Jahr 2008 im Bereich Unfallversicherung war bis Februar 2011 sistiert. In einem weiteren Verfahren aus dem Jahr 2009 wartet das Gericht auf ein Obergutachten. Wegen der vielen Neueingänge im Bereich der Invalidenversicherung im Jahr 2008 konnten bis Ende 2009 noch nicht alle bearbeitungsreifen Fälle (total 28) erledigt werden. Im Jahr 2010 konnten bis auf sieben Fälle alle spruchreifen Verfahren, die älter als ein Jahr waren, erledigt werden.

Weiterzug an das Bundesgericht

Die Tabelle 5 gibt per 1. Januar 2011 Auskunft über die an das Bundesgericht weitergezogenen Fälle, soweit sie die Berichtsperiode und die Vorjahre betreffen, sowie deren Erledigung. Im Jahre 2009 wurden 13 % der beurteilten Fälle an das Bundesgericht weitergezogen, im Jahre 2010 waren es 11 %.

Gebührenertrag

Beim Gebührenertrag ist zu bedenken, dass mehr als die Hälfte der Verfahren von Gesetzes wegen kostenlos ist. Dazu kommen die nachstehend aufgeführten Bewilligungen der unentgeltlichen Rechtspflege. Bei den verbleibenden grundsätzlich kostenpflichtigen Verfahren, zu denen seit Juli 2006 auch die Verfahren aus der Invalidenversicherung gehören, sind die Kosten in der Regel nur den unterliegenden Parteien aufzuerlegen. Den Gemeinwesen dürfen nur ausnahmsweise Kosten auferlegt werden.

In den Berichtsjahren betragen die Gebühren:

2009: Fr. 88 622.70

2010: Fr. 163 050.00

Die Anzahl der Gesuche um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege und um Bestellung eines unentgeltlichen Rechtsbeistandes belief sich 2009 auf 37 bzw. 2010 auf 45 Gesuche, wovon 22 bzw. 25 bewilligt wurden, d.h. es wurden 60 bzw. 55 % der gestellten Gesuche bewilligt.

**Unentgeltliche
Rechtspflege**

Übersicht über die Geschäfte 2009

Tabelle 1

	Eingänge	Erledigungen					Abschreibungen	Total	Pendent per Ende 2009
		Urteile		Nicht-eintreten	Total Urteile				
		Gutheissung	Abweisung						
Kolonne	1	2	3	4	5	6	Kol. 5+6 7	8	
A Vom Jahre 2005 übernommene Fälle 1. Kammer	2							2	
Total	2							2	
B Vom Jahre 2006 übernommene Fälle 1. Kammer	1							1	
Total	1							1	
C Vom Jahre 2007 übernommene Fälle									
1. Kammer	2	1	1		2			2	
2. Kammer	2	2			2			2	
3. Kammer	33	12	18		30	2		1 (1*)	
Total	37	15	19		34	2	36	1 (1*)	

D Vom Jahre 2008 übernommene Fälle												
1. Kammer	38	7	23			30		5		35		3
2. Kammer	19	3	13			16		2		18		1
3. Kammer	170	40	93			133		7		140		30 (1*)
4. Kammer	2		2			2				2		
Total	229	50	131			181		14		195		34 (1*)
Übernommene Fälle (A+B+C+D)	269	65	150			215		16		231		38 (2*)
E Neue Fälle 2009												
1. Kammer	184	7	95	5	107			41		148		36 (1*)
2. Kammer	32	2	4		6			3		9		23 (1*)
3. Kammer	190	16	33	3	52			13		65		125 (2*)
4. Kammer	25	5	12		17			8		25		
Total	431	30	144	8	182			65		247		184 (4*)
Gesamttotal (A-E)	700	95	294	8	397			81		478		222 (6*)
% (bezogen auf Kol. 1)	100									68		32
% (bezogen auf Kol. 5)		24	74	2	100			17		100		
% (bezogen auf Kol. 7)					83							

(* davon sistiert)

D Vom Jahre 2008									
übernommene Fälle									
1. Kammer	3	1	1	1	2	1	3		
2. Kammer	1	1	1	1	1	1	1		
3. Kammer	30	13	16	16	29	29	29		1 (1*)
4. Kammer									
Total	34	14	18	18	32	32	33	1	1 (1*)
E Vom Jahre 2009									
übernommene Fälle									
1. Kammer	36	7	22	1	30	30	33	3	3 (2*)
2. Kammer	23	8	8	1	17	17	20	3	3 (1*)
3. Kammer	125	29	79	3	111	111	116	5	9
4. Kammer									
Total	184	44	109	5	158	158	169	11	15 (3*)
Übernommene Fälle (A+B+C+D+E)									
	222	59	127	5	191	191	204	13	18 (5*)
F Neue Fälle 2010									
1. Kammer	201	11	108	4	123	123	163	40	38 (1*)
2. Kammer	28	1	9		10	10	14	4	14
3. Kammer	201	24	52	5	81	81	98	17	103 (2*)
4. Kammer	22	4	8	3	15	15	22	7	
Total	452	40	177	12	229	229	297	68	155 (3*)
Gesamttotal (A-F)									
	674	99	304	17	420	420	501	81	173 (8*)
% (bezogen auf Kol. 1)	100	24	72	4	100	100	74	16	26
% (bezogen auf Kol. 5)									
% (bezogen auf Kol. 7)									

(* davon sistiert)

Neueingänge nach Sachgebieten

Tabelle 3

Kammer/Sachgebiete	2009	2010
1. Kammer		
Vormundschafts-/Kindsrecht	8	6
Sozialhilfe	2	3
Opferhilfe	2	-
Ausländerrecht	9	1
Haftrichter (Ausschaffungshaft)	73	82
Submissionsverfahren	4	8
Bau- und Planungsrecht	19	26
Enteignung	2	4
Umwelt- und Gewässerrecht	2	-
Natur- und Heimatschutz	1	3
Liegenschaftsschätzung	1	-
Politische Rechte	4	2
Gemeinderecht	2	-
Personalrecht	1	4
Spital-/Gesundheitswesen	6	1
Administrativmassnahmen SVG	22	31
Verkehrsanordnungen	2	7
Straf- und Massnahmenvollzug	-	2
Handelsregister	17	11
Erwerb von Grundst. durch Personen im Ausland	-	2
Verfahrensrecht	2	3
Diverse	5	5
Insgesamt 1. Kammer	184	201
2. Kammer		
Kantonssteuer/Direkte Bundessteuer	22	21
Grundstückgewinnsteuer	7	5
Steuererlass	3	2
Insgesamt 2. Kammer	32	28
3. Kammer		
Alters- und Hinterlassenenversicherung	19	25
Invalidenversicherung	88	91
Ergänzungsleistungen	4	1
Arbeitslosenversicherung	20	24
Krankenversicherung	6	5
Unfallversicherung	35	37
Militärversicherung	-	-
Familienzulagen	2	2
Berufliche Vorsorge	16	16
Insgesamt 3. Kammer	190	201
4. Kammer		
Fürsorgerische Freiheitsentziehung	23	22
Zwangsmassnahmen im Gesundheitswesen	2	-
Insgesamt 4. Kammer	25	22
Total Neueingänge	431	452

Verfahrensdauer der erledigten Fälle 2009 nach Kammern

Tabelle 4 (2009)

Jahre Monate	1				2				Total				
	0-1	1-2	2-3	3-6	6-9	9-12	0-3	3-6		6-9	9-12	länger	
1. Kammer	83	27	13	28	21	8	4	1	0	0	0	0	185
2. Kammer	1	3	0	6	3	6	4	2	1	3	0	0	29
3. Kammer	13	15	10	40	27	35	28	45	13	9	1	1	237
4. Kammer	24	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	27
Total	121	47	23	74	52	49	36	48	14	12	1	1	478

Verfahrensdauer der erledigten Fälle 2010 nach Kammern

Tabelle 4 (2010)

Jahre Monate	1				2				Total				
	0-1	1-2	2-3	3-6	6-9	9-12	0-3	3-6		6-9	9-12	länger	
1. Kammer	98	21	17	33	13	11	4	0	1	1	0	0	201
2. Kammer	4	0	7	9	6	2	3	2	1	1	0	0	35
3. Kammer	7	31	19	52	28	14	32	48	10	1	1	0	243
4. Kammer	21	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	22
Total	130	53	43	94	47	27	39	50	12	3	1	0	501

An das Bundesgericht weitergezogene Fälle (Stand 1.1.11)

Tabelle 5

Jahr Kammer	Vom Verwaltungsgericht beurteilte Fälle	Weitergezogene Fälle	Vom Bundesgericht erledigt					Pendent beim Bundesgericht
			Gutheisung	Rückweisung	Abweisung	Nichteintreten	Abrechnung	
2007	395	48	5	6	22	12	3	0
1. Kammer	151	12	-	-	9	3	-	0
2. Kammer	27	3	-	1	2	-	-	0
3. Kammer	188	32	5	5	11	8	3	0
4. Kammer	29	1	-	-	-	1	-	0
2008	442	47	1	2	30	11	3	0
1. Kammer	192	19	-	1	15	3	-	0
2. Kammer	24	1	-	-	1	-	-	0
3. Kammer	189	25	1	1	14	6	3	0
4. Kammer	37	2	-	-	-	2	-	0
2009	478	64	7	10	36	9	-	2
1. Kammer	185	16	2	2	10	2	-	0
2. Kammer	29	6	1	1	2	2	-	0
3. Kammer	237	39	4	7	22	4	-	2
4. Kammer	27	3	-	-	2	1	-	0
2010	501	57	2	7	17	12	1	18
1. Kammer	201	13	1	3	4	3	-	2
2. Kammer	35	-	-	-	-	-	-	-
3. Kammer	243	39	1	4	9	9	-	16
4. Kammer	22	5	-	-	4	-	1	0

